

SPD pressediens

P/XXVIII/246

27. Dezember 1973

Höhere Einkommengrenzen im sozialen Wohnungsbau

Familieneinkommen als neue Bemessungsgrundlage bringt
mehr Gerechtigkeit

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
und Präsidiumsmitglied der SPD

Seite 1 / 34 Zeilen

Entspannung, Garantien und Bereitschaft

Voraussetzungen und Chancen für den Nahost-Frieden

Von Günther Metzger MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag und
Vorsitzender der deutsch-islamischen Parlamentariergruppe

Seite 2 und 3 / 59 Zeilen

Engagierter Kämpfer für den Rechtsstaat

Zum 50. Geburtstag von Dr. Alfons Bayerl, Parlama-
ntarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium

Von Gerhard Jahn MdB
Bundesminister der Justiz

Seite 4 / 43 Zeilen

Zynismus im Mantel der "Moral"

Zur Weihnachtsbetrachtung des Axel Caesar Springer

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Seite 5 und 6 / 64 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 82 37 - 38
Telex: 02 86 840 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Höhere Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau

Familieneinkommen als neue Bemessungsgrundlage bringt mehr Gerechtigkeit

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau und Präsidiummitglied der SPD

Die soziale Wohnungspolitik der Bundesregierung hat zum Ziel: Die Vorteile des sozialen Wohnungsbaus sollen nur Personen mit relativ geringem Einkommen zugute kommen. Danach richten sich die festgelegten Mietobergrenzen und Einkommensgrenzen. Das schließt jedoch nicht aus, daß die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau von Zeit zu Zeit an die Einkommensentwicklung anzupassen sind. Dieser Zeitpunkt ist jetzt ganz offenbar wieder da. Der Kreis der Berechtigten hätte sich nämlich künftig durch die alten, seit dem 1. Januar 1972 geltenden Einkommensgrenzen erheblich eingeeengt. Überdies war eine Anhebung auch im Hinblick auf die durch Bodenpreise und Baukosten steigenden Mieten bei neueren Sozialwohnungen notwendig: Diese Mietbelastung kann von Personen, deren Einkommen innerhalb der alten Grenzen liegt, kaum noch aufgebracht werden.

Mit der jetzt auch vom Bundesrat gebilligten Neuregelung wird den Problemen die Spitze genommen. Folgende neue Einkommensgrenzen gelten ab 1. Januar 1974: Für den Haushaltsvorstand erhöht sich die monatliche Grenze auf 1.500 Mark, für das zweite Familienmitglied zusätzlich um 750 Mark, für jede weitere zum Haushalt zählende Person um 350 Mark. Für junge Ehepaare, die nicht länger als fünf Jahre verheiratet und nicht älter als vierzig Jahre sind, erhöhen sich diese Grenzen zusätzlich um 400 Mark, für Schwerbehinderte um 350 Mark.

Die notwendige Neuregelung beschränkt sich jedoch nicht auf eine bloße Anhebung der Obergrenzen für das Einkommen. Ein größeres Maß an Gerechtigkeit wird auch der Übergang vom Einkommen des Haushaltsvorstandes auf das Familieneinkommen als Bemessungsgrundlage bringen. Die bisherige Regelung hatte bislang zu einer erheblichen Benachteiligung von Mehrpersonenhaushalten geführt, die vom Einkommen nur eines Verdieners leben mußten. Haushalte mit mehreren Verdienern hingegen waren begünstigt. Größere soziale Gerechtigkeit verlangt deshalb, daß das Familieneinkommen als Maßstab gilt. Dies ist beim Wohngeld bereits der Fall.

Allerdings ist einem möglichen Mißverständnis vorzubeugen: Die Anhebung der Einkommensgrenzen steht in keinem Zusammenhang mit einer angestrebten Lösung des Problems der Fehlsubventionierung. Hier wird ein eigener Gesetzesentwurf, den wir im nächsten Jahr vorlegen werden, ebenfalls ein größeres Maß an Gerechtigkeit bringen.

(-/27.12.1973/bgy/ex)

+ + +

Entspannung, Garantien und Bereitschaft

Voraussetzungen und Chancen für den Nahost-Frieden

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag
und Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe

Die Verhandlungen in Genf, die den Ländern im Nahen Osten Frieden bringen sollen, sind mit schweren Hypotheken belastet. Der grausame Anschlag arabischer Terroristen auf dem Flughafen in Rom, das unmenschliche Verhalten Syriens gegenüber den israelischen Kriegsgefangenen und die maßlosen und auf kriegsrische Entscheidung drängenden Erklärungen einiger arabischer Führer lassen die Hoffnungen der Welt auf einen Ausgleich im Nahen Osten gering erscheinen. Trotzdem gibt es keine sinnvolle Alternative zu den Gesprächen in Genf, bei denen zum ersten Mal Vertreter Israels und zwei seiner unmittelbaren Nachbarn - Ägypten und Jordanien - an einem Konferenztisch zusammensitzen und verhandeln. Die erste Gesprächsrunde vor Weihnachten hat die Türe zu diesen Verhandlungen weiter geöffnet.

Israel weiß, was bei diesen Verhandlungen auf dem Spiel steht: Die Existenz des Staates, der 1947 durch Beschluß der Vereinten Nationen unter Zustimmung der Sowjetunion entstehen konnte, und das Lebensrecht seiner Bevölkerung. Beides wird auf Dauer nur zu sichern sein, wenn es zu einer friedlichen Regelung mit den arabischen Nachbarn kommt. Diese Sehnsucht nach Frieden ist überall in Israel vorhanden, nach dem Oktober-Krieg noch stärker als vorher. Das Ergebnis der Parlamentswahlen am 31. Dezember 1973 wird dies bestätigen.

"Wenn wir von Frieden sprechen", sagte Ministerpräsidentin Golda Meir vor zwei Wochen in einem Gespräch mit der Bundestagsdelegation, die für einige Tage Israel besuchte, "dann meinen wir offene Grenzen zu unseren Nachbarn und gute menschliche, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen". Und sie hat keinen Zweifel daran gelassen, daß Israel für die Erreichung dieses

Ziele zu großen Zugeständnissen und Opfern bereit ist: auch in der Frage der besetzten Gebiete. Diese Bereitschaft hat aber dort ihre Grenzen, wo die Existenz und die Sicherheit Israels gefährdet sind.

Wie kann diese Sicherheit erreicht werden? Diese Frage stand immer wieder im Mittelpunkt der Diskussionen, die die Mitglieder des Bundestages mit ihren israelischen Gesprächspartnern führten. Man weiß heute in Israel, daß weder internationale Garantien noch militärische Stärke allein Sicherheit geben können; das haben die beiden letzten Kriege bewiesen. Erforderlich sind Entspannung, internationale Garantien und militärische Bereitschaft. Dabei steht die Forderung Israels nach sicheren Grenzen und militärischem Gleichgewicht nicht im Gegensatz zu den Friedens- und Entspannungsbestrebungen. Hier ergeben sich Parallelen zur Politik der Bundesrepublik, die gegenüber Israel nicht nur aufgrund der jüngsten Geschichte besondere Verpflichtungen hat. Wer die Lage im Nahen Osten kennt und richtig einschätzt, weiß, daß ein verlorenen Krieg für die arabischen Länder zwar eine militärische Niederlage, für Israel aber die Zerstörung seines Staates und eine neue Massenvernichtung der Juden bedeutet. Das kann von der Bundesrepublik und von Europa nicht hingenommen werden.

Israel ist der einzige Staat im Nahen Osten mit einer freiheitlich-demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung, die unter entscheidender Mitwirkung von Sozialdemokraten geschaffen und ausgebaut wurde. Wer kann es deshalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die für normale und gute Beziehungen zu den arabischen Staaten eintritt, übelnehmen, daß es für sie gegenüber Israel keine moralische und politische Neutralität geben kann. Daran können auch alle Versuche der arabischen Staaten, die auf Dauer untaugliche Waffe des Ölboykotts gegen die Freunde Israels einzusetzen, nichts ändern.

(-/27.12.1973/ks/ex)

+ + +

Engagierter Kämpfer für den Rechtsstaat

Zum 50. Geburtstag von Dr. Alfons Bayerl, Parlamentarischer
Staatssekretär im Bundesjustizministerium

Von Bernhard Jahn MdB
Bundesminister der Justiz

Alfons Bayerl wird am 27. Dezember 50 Jahre alt. Seit mehr als vier Jahren ist der Vorsitzende des Bezirke Südbayern der SPD Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz. Wir haben zusammengefunden, weil wir beide nach unseren Kräften helfen wollen, unsere Rechtsordnung zu reformieren. Ihre Neugestaltung war und ist dringend. Wenn inzwischen wichtige Gesetze, wie zum Beispiel große Teile der Strafrechtsreform, verabschiedet und andere, so die Reform des Ehe- und Familienrechts, des Strafvollzugs und der Rechtspflege, auf den Weg gebracht werden konnten, so hat Alfons Bayerl daran einen gewichtigen Anteil. Ich weiß wie sehr es ihm darauf ankommt, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit für unsere Bürger gerade auch auf dem weiten Feld des Rechts zu verwirklichen. Und wenn Alfons Bayerl sich Adolf Arndts Ausspruch vom Bürger und seinem Recht, die zusammengehören, zu eigen gemacht hat, so steht er dafür mit seiner Person und der Fülle seiner Lebenserfahrung.

Er gehört einem Jahrgang an, den der Krieg und was danach kam, nicht geschont hat. Er wurde mehrfach verwundet, seine beiden Brüder kamen nicht zurück. 1945 war er mit seinen kranken Eltern ohne Heimat. Als Tellerwäscher, als Schmiermaxl in einer Autowerkstatt und als Fischer am Ammersee verdiente er sich seinen Unterhalt und das Geld zum Studium. Schon als Student beriet er mittellose Bürger in Rechtsangelegenheiten. So versteht es sich, daß er überzeugt war, als Richter in der Sozialgerichtsbarkeit den Bürger am besten helfen zu können.

Seit 1965 als Abgeordneter im Bayerischen Landtag, seit 1967 im Deutschen Bundestag ist ihm wenig Zeit für das geblieben, was ihm neben der Politik am liebsten ist: Seine Familie und die bildende Kunst. Die vielen Grafiken in seinem Arbeitszimmer, die das neue Justizministerium zu einer kleinen Galerie machen, künden davon. Sie sind ein Beweis, daß Politik und Kunst sich nicht ausschließen.

Alfons Bayerl ist ein verlässlicher Mitstreiter, ein engagierter Rechtspolitiker und ein Anreger, der unsere Rechtsreformen vorwärts drängt. Für all das sei ihm bei dieser Gelegenheit Dank gesagt. Wir beide wissen, daß das mühsame Alltagsgeschäft der Politik füreinander nur wenig Zeit läßt. Um so mehr zählt das Unausgesprochene, aber doch auch eigentlich Selbstverständliche: Das gegenseitige Sich-vertrauen-können, das Sich-aufeinander-verlassen-können, zählt die Solidarität. Es tut gut, wenn man zu seinem Mitkämpfer sagen kann: O.k. Alfons, laß uns weitergehen.

Alles Gute für Dich. Und für Deine Familie. Aber auch für unsere gemeinsame Sache. Wir haben noch viel zu tun.
(-/27.12.1973/ks/ex)

+ + +

Zynismus im Mantel der "Moral"

Zur Weihnachtbetrachtung des Axel Cäsar Springer

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Zu den Ansprachen des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers und der kirchlichen Würdenträger gesellt sich seit mehreren Jahren auch der Hamburger Verleger Axel Cäsar Springer mit eigenen "Betrachtungen" zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel. Seine diesjährigen "Betrachtungen zum Weihnachtsfest" stellt seine "Welt" vom 24. Dezember unter das Leitwort "1973 - das Jahr der moralischen Abrüstung".

Dieser Artikel ist auf der "Welt-Politik"-Seite plaziert und will schon damit sicher ausschließen, daß man ihn lediglich als Botschaft des Chefs an die vielen Mitarbeiter seines publizistischen Imperiums verstehen könnte. Springer ist ja auch nicht wie viele andere Wirtschaftsmächtige nur ein Firmenchef, der den Seinen im eigenen Hausblatt "Fröhliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr" wünscht, sondern jemand, der in einer ihm keineswegs mehr irgendwie zustimmungswürdigen politischen und kirchlichen Landschaft seine eigene Botschaft zu sagen sich verpflichtet fühlt: "Mehr Menschlichkeit in der Politik"!

Ja, das sollte gelten: Erinnerung wir uns insbesondere in diesen Tagen an die zahlreichen Obdachlosen und andere sozial Diskreditierten auch in unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft; an die durch Folterungen und andere physische und psychische Qualen in ihrer - und unserer - Menschenwürde Verletzten, insbesondere der Menschen in den Konzentrationslagern der chilenischen Junta, auf die jetzt wieder amnesty international erneut und konkret hingewiesen hat; sowie auf die afrikanischen Hunger- und Elendsgebiete in Äthiopien und der Sahel-Zone, für die wir im Rahmen der Aktion "Brot für die Welt" gesammelt haben: mehr Menschlichkeit für sie!

Doch verfehlt, weit gefehlt: So möchte dieses Menschlichkeits-Wort Springers nicht interpretiert werden. Seine Lesart lautet originär: "Den gefährdeten, ja zerstörten Frieden vor Augen, sollte es uns nicht schwerfallen, den Stern von Bethlehem vom Sowjetstein zu unterscheiden". Unter solchem Blickwinkel deutet Springer die "deutsche Wirklichkeit", die "Leiden anderer Völ-

ker" und die "als 'Neutralität' verbrämte Leisetreterei" im Nahen Osten.

Zur deutsch-deutschen Lage weiß er pathetisch die "Tränen, die über die Folgen des Teilungsunrechts vergossen werden", zu beschwören: "Das Papier trügerischer Verträge trocknet sie nicht." Kein Wort kommt ihm über die tatsächlich eingetretenen und von jedem Beteiligten und vor allem von den Betroffenen dankbar registrierten menschlichen Erleichterungen über die Lippen. Die "Zellen der Inhaftierten" - die es immer noch gibt! - hindern ihm solche Rede. Nur die in der DDR Inhaftierten, von denen - unter heftiger "Welt"-Kritik, weil dafür angeblich (wie seit Barzels Ministerzeiten) Millionen an die DDR gezahlt werden - nahezu Hundert zum Fest amnestiert wurden? Natürlich fehlt hier jeder Hinweis Springers auf die Todeszellen, Massenlager, Internierunginseln in Chile, Griechenland, Spanien usw.

Aber noch sind wir - laut Springer - bei der "deutschen Wirklichkeit"; doch soll nicht nur das "Leid des eigenen Volkes", sondern das auch anderer genannt werden. "Erinnert werden müsse an Andrej Sacharow, Alexander Soltschenizyn, an die Insassen der sibirischen Straflager, an die hochgeistigen Menschen, die in Irren-Anstalten gefangen gehalten werden... an den jungen Tschechen Jan Palach..." Wiederum findet sich in dieser "Welt" des Axel Cäsar Springer nichts über Erschießungen ohne Gerichtsurteil, die Verzweiflungsektionen der Hoffnungslosigkeit in den Flüchtlingslagern der chilenischen Junta, über unseren bislang unerhörten Appell, die Limitierung der Ausreisegenehmigungen und den Zeitpunkt der Ausreisemöglichkeit aufzuheben!

Springer sagt wiederum nur die halbe Wahrheit: so sehr wir alle die sowjetischen und übrigen ostblockstaatlichen Repressionen gegenüber ihren Kritikern verurteilen, so sehr können wir das aber nur tun, wenn wir gleiche oder ähnliche Repressionen in Ländern des Westens mit gleicher und größerer Intensität zu beseitigen suchen! Alles andere ist nichts als Heuchelei.

Welche Bibel liest der selbsternannte Christ Springer eigentlich? Auf welches Grundgesetz beruft der Bürger Springer sich? Und kann ihm denn keiner einmal ein Exemplar der UNO-Menschenrechtskonvention geben?

Axel Cäsar Springers Welt ist dort heil, wo der "Sowjetstern" nicht leuchtet. Solche "Moral" nenne ich Zynismus. Und Zynismus ist Menschenverachtung. Das war eine schlechte Weihnachts-Betrachtung: wir können auf solche "Menschlichkeit", auf diese Dokumentation "moralischer Abrüstung" verzichten.
(-/27.12.1973/ks/ex)

+ + +